



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/315 - 17.9.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 030 890

Warum schweigt die SPD?

sp. Nach wie vor ist die Moskareise und ihre Ergebnisse das politische Thema Nr. 1 in Bonn. Viele Berufene und noch mehr Unberufene haben sich dazu geäußert, nur die SPD schweigt und hat ihre Stellungnahme erst für kommenden Dienstag nach einer Fraktions-sitzung angekündigt. Warum?

Nun, die Moskauer Ergebnisse sind so ernst zu nehmen und so vielfältig an Konsequenzen, dass es jedem anstehen würde, sorgfältig zu überlegen, bevor er seine Meinung kundtut. Dass Reden Silber, Schweigen aber Gold sein kann, dürfte nicht zuletzt Thomas Dehler in diesen Tagen erfahren haben, der die Moskauer Gespräche als "klägliches Ergebnis" bezeichnete, noch bevor auch nur ein Wort des Kommuniqués oder des Briefwechsels bekannt gewesen war. Der gleiche FDP-Vorsitzende aber wird in der kommenden Woche am Donnerstag im Bundestag das Einverständnis seiner Fraktion zu diesem "kläglichem Ergebnis" mitteilen müssen, und er bringt es auch fertig, dazu vielleicht noch Feierreden zu halten.

Wie leicht hat es sich auch die CDU gemacht, als sie den Kanzler begeistert feierte. Es war die gleiche Fraktion, vor der der Bundeskanzler vor seiner Abfahrt nach Moskau versichert hat, dass er nicht daran denke, diplomatische Beziehungen schon jetzt mit Moskau aufzunehmen. Feiert man also die Inkonsequenz? Dieser Fraktion und dem Bundeskanzler würde es vielmehr anstehen, einige Irrtümer zu korrigieren, denn sie waren es, die dem deutschen Volke seit Jahr und Tag einhämmerter, dass der Abschluss der Pariser Verträge die Sowjets zu Realisten machen werde und dass dann die Frage der Wiederherstellung der Einheit geradezu eine Zwangsläufigkeit wäre. Dieses CDU-Dogma ist doch in Moskau zerfetzt worden, aber mit keinem Wort erklärt die Kanzlerpartei dem deutschen Volke, wieso es so und nicht anders mit der Politik der Stärke und den Pariser Verträgen kommen musste.

Soll also die SPD in diesem Chorus der Voreiligen und Unwahrhaftigen einstimmen? Sie tut es nicht. Sie beschäftigt sich seit Tagen mit Gründlichkeit und dem gebotenen Ernst mit der nach Moskau entstandenen Lage, und für sie ist der Leitstern aller Überlegungen, wie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Hinblick auf das brennende Problem der Wiedervereinigung beurteilt werden muss, denn dass die Heimkehr der Kriegsgefangenen allseits wärmstens begrüßt wird, ist keine Frage. Gefahren, aber auch neue Möglichkeiten und Chancen gilt es dabei zu prüfen und zu wägen.

Man gedulde sich deshalb noch kurze Zeit. Die dann getroffene Entscheidung der SPD hat den Vorteil, dass sie keinen Schnellschuss darstellt, sondern gründlich durchdacht sein wird. Sie wird zudem so erfolgen, wie es die SPD nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse des deutschen Volkes, seiner Wiedervereinigung und des Friedens verantworten kann.

+ + +

- 2 -

17.9.1955

Gruenther's isolierter Südflügel

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Es ist geradezu als Glück zu bezeichnen, dass die Sowjets auf Entspannung mehr Wert legen als auf Zuspitzung, und dass sie seit Belgrad nichts getan haben, was an ihrem "New Look" zweifeln lassen könnte. Niemand wird darüber froher sein als der NATO-Obergeneral Gruenther. Denn wie er zur Zeit erleben muss, sieht es so aus, als ob die ganze Arbeit der letzten Jahre vergeblich gewesen ist. Natürlich gilt das nicht für alle Ebenen der NATO-Zuständigkeit, obwohl anzunehmen ist, dass der amerikanische General seinem Organismus etwas mehr Fleisch in Form von europäischen Divisionen wünscht, vor allem seitdem Frankreich, ohne viel Lärm zu machen, es nun erreicht hat, dass sein ganzer NATO-Beitrag noch drei Divisionen ausmacht.

Aber nicht diese immer unverständlich gewesene und auch heute - bei einem Effektivbestand von einer Million Mann - unfassbare militärische Ökonomie Frankreichs geht dem ganzen SHAPE-Hauptquartier am meisten im Kopf herum. Es ist der Zusammenbruch des Südflügels der NATO und seine Reduktion auf die türkische Basis als Folge der türkisch-griechischen Zusammenstöße vom 6. September. Wenn auch die türkische Regierung den Versuch machte, den antigriechischen Volksausbruch als kommunistische Mächenschaften hinzustellen, so weist man doch, dass daran nichts ist. Es sind die türkischen Flüchtlinge aus Thrazien, die die Stunde nutzten und erneut zeigten, dass nur restlos gelöste Flüchtlingsprobleme vor peinlichen Überraschungen schützen. Ein Jahrhunderte altes Ressentiment lässt sich eben nicht durch einige Regierungsvereinbarungen aus der Welt schaffen.

Generäle haben es an sich, von oben herab auf die Kartentische zu klicken. Das politisch und militärisch geschickte Hinauskomplimentieren der Westtrichte aus Österreich, eine operative Meisterleistung der sowjetischen Politik, die nur zu wenig beachtet wurde, schuf die Lücke zwischen der mitteleuropäischen und italienischen Verteidigung, die nicht dadurch geschlossen wird, dass die freiwerdenden amerikanischen Kräfte von Österreich nach Norditalien verlegt werden. Denn durch Titos Versöhnung mit Moskau ging die vorverlegte Verteidigung Italiens verloren, wie durch die Räumung Österreichs die kürzeste und organische Verbindung zum Südflügel abgeschnitten wird. Das Rhonetal ist kein Ersatz.

Solange der türkisch-griechische Südpfeiler fest blieb, war die Panne

zwischen Alpen und Adria noch zu ertragen. Nun aber, da Griechenland seine auffälligen Konsequenzen aus dem türkischen Volkssturm zu ziehen beginnt - Absage an gemeinsame Manöver, Zurückziehen der griechischen Offiziere aus dem NATO-Kommando in Smyrna - ziehen sich Wetterwolken zusammen, die auch einberufene NATO-Ratssitzungen nicht aufzulösen vermögen. Man kann in der griechischen Presse heute Sätze lesen wie diesen: "Die NATO ist tot." Es wirkt grotesk, wenn das Berühren griechischer Hoheitsgewässer durch einen türkischen Zerstörer bereits zu scharfen Protesten führt und von neuer Provokation gesprochen wird.

Solche Erscheinungen zeugen davon, dass ein für Bündnisse notwendiges Klima nicht mehr besteht. Es ist die Frage, ob es überhaupt bestanden hat oder nur in den Augen der verhandelnden Staatsmänner vorhanden war. Nach dem Zusammenbruch der Londoner Zypernkonzferenz wird noch etwas hinzukommen. Das britisch-griechische Verhältnis, vor zehn Jahren noch die fast einzige Garantie der Weiterexistenz des hellenistischen Staates gegenüber dem kommunistischen Druck, hat sich in den letzten Jahren wegen Zypern denkbar abgekühlt. Mit der Ankündigung, diesen Streit nun vor den Vereinten Nationen zu vertreten, ist der sichtbare Beweis geliefert, dass das strategische Interesse Englands es vermochte, sich gegen die Freundschaft London-Athen durchzusetzen. Ein militärisches Hauptquartier, (für den Nahen Osten), das jeden Tag damit rechnen muss, von seinen bisherigen Freunden in die Luft gesprengt zu werden, wenn die Wachen nicht aufpassen, ist nicht mehr viel wert...

Völker sind bei Zusammenschlüssen aus Erwägungen der politischen oder militärischen Nützlichkeiten nicht anders wie Zugtiere. Sie müssen im Gespann zusammenpassen. Sonst taugt der ganze Zug nichts. Es ist die Erkenntnis von dieser Binsenwahrheit, die es allein erlaubt, auf weite Sicht zu blicken. Das gilt auch für die "Nordatlantische Gemeinschaft." Auf das Adjektiv hatten auch die NATO-Planer zu viel Wert gelegt und dabei "die Gemeinschaft" vergessen. Nun müssen sie wieder zu leimen versuchen, was ihnen in den Fingern zerbrach.

Rührende Sorge ...

h.b. In den von einzelnen Ortsausschüssen des DGB angekündigten Milchstreiks erblickt der Rheinische Landwirtschaftsverband einen bedauerlichen Versuch, auf die sachlich geführten Verhandlungen in der Milchpreisfrage einen politischen Druck auszuüben. Dies scheint nach Ansicht des Verbandes um so unverantwortlicher, als dadurch die Arbeiterschaft gezwungen würde, höhere Aufwendungen für andere Getränke zu machen, die in ihrem gesundheitlichen Wert mit der Milch überhaupt nicht verglichen werden können.

Die Sorge um Geldbeutel und Gesundheit der Arbeiter ist rührend. Aber darum geht es ja gerade. Die Arbeiter wollen sich die gesunde Milch nicht verteuern lassen und den Bauern mit den Warnstreiks bedeuten, daß sie von den Managern der Bauernverbände geforderte Milchpreiserhöhung zu einer Einschränkung des Verbrauchs und damit zu einem Absatzrückgang und einer Einkommensverminderung aus der Milchviehhaltung führt.

Die Gewerkschaften wie auch die Sozialdemokratie haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch andere Mittel gibt, den Bauern zu helfen. Zum Beispiel Zuschüsse zur Ausmerzung tuberkulanter Kühe und Bereitstellung von Mitteln zur kostenlosen Schulumilchspeisung. Die im Bundestag gestellten Anträge sind aber von den Abgeordneten der Regierungsparteien abgelehnt worden. Auch in diesen Tagen hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion durch ihre Anträge auf Fortfall der Umsatzsteuer für Milch und andere Anträge bewiesen, daß sie sich für eine sinnvolle Lösung der Frage einsetzt, wie man der Landwirtschaft helfen kann. Sture Preiserhöhungen zu fordern, ohne zu bedenken, was dabei herauskommt, ist aber sinnlos. Da die Bauernverbände das nicht einsehen, haben einzelne Ortsausschüsse des DGB Warnstreiks angekündigt. Auf einen groben Klotz gehört nun einmal ein grober Keil.

Fünf Wochen vor der Saarabstimmung

Jetzt können sie reden

G.U. Noch fünf Wochen - dann wird die Bevölkerung des Saargebietes da über abstimmen, ob sie das von Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Johannes Hoffmann befürwortete Saarstatut billigt oder nicht. Die deutschen Parteien an der Saar lehnen dieses Statut eindeutig ab. Sie erblicken in ihm eine Verlängerung des jetzigen Zustandes der Unfreiheit, der Bevormundung durch Frankreich und der künstlichen Aufrechterhaltung einer politischen und wirtschaftlichen Grenze zur deutschen Heimat.

Wer das Saargebiet kennt, wird sich nicht wundern, dass die Saarländer von Hoffmann genug haben. Sie wissen alle, dass sich viele Träger des Hoffmann-Regimes in der vergangenen Zeit bereicherten, dass sie heute an privaten und staatlichen Wirtschaftsunternehmen beteiligt sind, dass im Saargebiet eine Vetternwirtschaft herrscht, die ohnegleichen ist, und dass man darüber nicht reden durfte. Jetzt können sie reden. Die deutschen Parteien an der Saar haben über Nacht Zeitungen herausgegeben, in denen eine im Saargebiet bisher unbekannte freie Sprache gesprochen wird.

Hoffmann hat natürlich ganz gross den Bundeskanzler in die Propaganda für sein Statut hineingezogen. Er, der noch vor einigen Monaten Saarländer verhaften liess, weil sie die schwarz-rot-goldene Fahne hissten, gibt jetzt ein riesiges schwarz-rot-gold-umrandertes Plakat mit dem Adenauer-Bild heraus. Dieses Plakat soll den Saarländern sagen: Adenauer und Hoffmann, beide für das Saarstatut, also musst auch du mit "Ja" stimmen.

Zwei Versammlungen

Sonntag-Nachmittag in Marpingen Kreis St. Wendel. 3.800 Einwohner hat der Ort. Die meisten Männer sind Bergarbeiter. Zwei Versammlungen fanden an diesem Nachmittag dort statt. Beide gleichmässig angekündigt. Eine Versammlung der SPS, der saarländischen Sozialdemokraten, die sich für das Statut einsetzen und eine der DSP, der deutschen Sozialdemokratie an der Saar. Bei der SPS soll Ministerialdirigent Kunkel sprechen. Er ist ein bekannter Mann im Saargebiet. Landtagsabgeordneter, Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Direktor des Bewilligungsfonds jener Institution, die Mittel zum Bauen und für andere Dinge bewilligt. Kunkel sitzt also am Hebel der Hoffmann'schen Regierungsmaschine. Und das ist ein langer Hebel ...

In der anderen Versammlung soll Kurt Conrad, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie an der Saar, sprechen.

Als wir zur Kunkel-Versammlung kommen, sehen wir zunächst vor dem Lokal drei Polizisten. Sie geben uns höflich Auskunft, sagen, dass der Herr Ministerialdirigent noch nicht da sei, sie ihn aber jeden Augenblick erwarteten. Auf unsere Frage, ob schon Versammlungsbesucher da seien, zeigt der eine Polizist auf sechs etwas bedrückt aussehende Männer, die offenbar in Erwartung des Referenten vor der Tür des Lokals auf einer Bank sitzen. Um es kurz zu machen, die Versammlung musste wegen Mangel an Gästen ausfallen. Ausser den sechs Kunkel-Freunden hatten sich in respektvoller Entfernung von 50 Metern nur noch einige Neugierige eingefunden.

"Mit der DSP für Deutschland und Europa"

Wir schlendern ein paar Strassen weiter, zur Versammlung von Kurt Conrad ... Schon von weitem sehen wir den starken Andrang der Versammlungsbesucher vor dem Lokal. Der Saal selbst, der etwa 350 Personen fasst, ist drückend voll. Meist Männer, unter ihnen sehr

viel junge Männer, Arbeiter, Angestellte und auch einige Bauern.

Über der Bühne hängt ein Transparent: "Mit der DSP für Deutschland und Europa".

Fast unbemerkt betritt Kurt Conrad den Saal. Bescheiden geht er zur Bühne und setzt sich neben das Rednerpult. Erst als der Versammlungsleiter sich erhebt und die Versammlung eröffnet, tritt Ruhe im Saal ein. Hälsen recken sich und man hört an den Tischen: "Da ist er ja schon."

Dann spricht Conrad. Sehr ruhig, überlegt und ohne Pathos. Seine Argumente gegen das Statut sind erbarmungslos. Vor den Zuhörern steht das Schicksal, das ihnen blüht, wenn sie dem Saarstatut ihre Zustimmung geben. Die meisten Gesichter sind ernst. Alles lauscht mit gespannter Aufmerksamkeit. Ein Nachbar sagt zu mir: "Wie in der Kerch."

Keine persönlichen Angriffe auf Hoffmann. Conrad: "Wir haben nur einen Wunsch, Hoffmann möge sich zusammen mit Herrn Grandval an der Riviera ausruhen." Bei dieser Stelle tobt zum ersten Mal, wie befreiend, der Beifall los.

Nicht Ersatzmarokkaner

Zum deutsch-französischen Verhältnis sagt Conrad, jeder anständige Franzose - das sei er sicher - wird verstehen, dass die deutschen Saarländer deutsch bleiben wollen. Und jeder anständige Franzose wird begreifen, dass "wir Saarländer nicht Ersatzchinesen oder Ersatzmarokkaner mit einem Kolonialstatut" sein wollen. Das sitzt. Die Zuhörer reagieren sofort. Sie klatschen Beifall, der aber noch stärker wird, als Conrad hinzufügt: Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich wird von uns nicht gestört. Wir wollen Freundschaft. Aber nicht die Freundschaft der Hoffmann'schen Liebedienerci, sondern die der Aufrichtigkeit." Wir unterhalten uns mit unseren Tischnachbarn. Natürlich haben sie längst gemerkt, dass wir aus der Bundesrepublik kommen. Sie fragen, warum denn Adenauer ausgerechnet dem Hoffmann zu Hilfe eilt. Einer sagt: "Das ist ein alter Mann und man muss Rücksicht auf ihn nehmen."

Ein anderer: "Erst wollen wir mal der Hoffmann weghaben. Dann können wir weitersehen." Ein anderer: "Der Alte soll sich um seinen Bonner Laden kümmern; wir Saarländer wissen schon, was wir zu tun haben. Dafür haben wir genug Lehrgeld bezahlt."

Wir müssen vorsichtig sein

Wir haben viele Menschen gefragt, wie sie den Ausgang der Abstimmung einschätzen. Meist erhielten wir die Antwort: "Klare Mehrheit gegen das Statut." Vorsichtiger sagten: "Hoffentlich hilft die katholische Kirche nicht noch in letzter Minute dem Hoffmann." Und andere wieder: "Bei den Leuten um Hoffmann kann man nie wissen, was sie noch aushecken. Wir müssen vorsichtig sein, sonst drehen sie noch ein Ding und lassen die Abstimmung verschieben."

Ein Eisenbahner, den wir fragen, was geschehen würde im Saargebiet, wenn es den Befürwortern des Statuts gelingen würde, unter irgendwelchen fadenscheinigen Vorwänden die Abstimmung zu verschieben, antwortet prompt: "Das wäre furchtbar. Ich habe das Gefühl, dass dann die Saar zum Hexenkessel wird. Die Überschlauen in Paris und Bonn sollten sich sehr überlegen, ob sie die Verantwortung für das übernehmen können, was dann kommt!"

Als wir das Saargebiet an einer kleinen Grenzstation verlassen, schimpft der französische Zöllner fürchterlich darüber, dass er sein Löschpapier nicht finden kann. "Sehen Sie, so arm ist der Zoll, nicht einmal Löschpapier haben wir," sagt er zu uns. Wir antworten scherzhaft: "Machen Sie doch den Laden zu, wenn Sie nicht einmal Löschpapier mehr haben." Er reagiert prompt: "Wenn's nach mir ginge; ich habe 25 Dienstjahre auf dem Buckel. Das ist hier sowieso Unsinn. Schon seit langer Zeit ..."

+ + +

Anhang

Kommuniqué des Parteivorstandes

Parteivorstand und Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion haben in einer gemeinsamen Sitzung am 16. und 17. September in Bonn unter dem Vorsitz von Erich Ollenhauer die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen eingehend beraten. Prof. Dr. Carlo Schmid gab einen umfassenden Bericht über diese Verhandlungen, an den sich eine ausführliche Debatte anschloss, die weitgehende Übereinstimmung erbrachte.

Die Aussprache, die mit einer von Erich Ollenhauer gegebenen Zusammenfassung der sozialdemokratischen Gesichtspunkte abgeschlossen wurde, diente der Vorbereitung der Bundestagsdebatte in der kommenden Woche.

In seiner Samstag-Sitzung nahm der Parteivorstand Referate von Herbert Wenner und Alfred Nau über die politische Entwicklung an der Saar entgegen. Heinz Kühn erläuterte die Vorlagen zur kommenden Rundfunkgesetzgebung des Bundes unter eingehender Würdigung der Vorschläge und Forderungen der Länder.

Der Parteivorstand beschloss einmütig am 13. Oktober 1955, dem 60. Geburtstage des verstorbenen Parteivorsitzenden Dr. Kurt Schumacher, eine Sondersitzung des Parteivorstandes in Hannover und an der dortigen Grabstätte Schumachers eine Gedenkkundgebung abzuhalten.

Eine gemeinsame Erklärung der Sozialistischen Konferenz Asiens und der Sozialistischen Internationale fand einmütige Billigung. Die Beteiligung an dem "Freiheitstag der noch abhängigen Völker" am 30. Oktober 1955 wurde beschlossen.

+ + +